

„Die Industrie muß ran“

Die Wirtschaftswissenschaftler Hans Karl Schneider und Rudolf Hickel über den Aufschwung Ost

SPIEGEL: Herr Hickel, Herr Schneider, der Traum von der Einheit, die keinem weh tut und es allen bessergehen läßt, ist geplatzt. Kaum eine der wirtschaftlichen Erwartungen, die 1990 gehegt wurden, ist erfüllt worden. Hat die Wirtschaftspolitik versagt?

SCHNEIDER: Was zu leisten war, war eine Aufgabe ohne Beispiel. Da gab es Fehleinschätzungen und auch einen zu großen Schuß Optimismus. Deshalb sind wir nicht so weit vorangekommen, wie wir sein müßten.

HICKEL: Den Optimismus habe ich nie geteilt. Zu glauben, daß Marktkräfte und D-Mark allein ein Wirtschaftswunder lostreten würden, war eine naive und gefährliche Illusion. Die Wirtschaftspolitik hat aber auch danach noch viele Fehler gemacht, die Eigentumsregelung etwa und die kurzfristige Ausrichtung der Finanzpolitik, wodurch die Kosten der Einheit noch mal erhöht wurden.

SPIEGEL: Hat die Bundesregierung die Fehler und Fehlschläge mittlerweile so klar erkannt, daß sie ihre wirtschaftspolitische Strategie ändert?

SCHNEIDER: Mir scheint, daß man beginnt, die Schwierigkeit der Aufgabe zu erkennen. Es wird langsam klar, daß uns die Umstellung der ostdeutschen Wirtschaft noch über das Jahr 2000 hinaus beschäftigen wird – und was das kosten wird. Jetzt liegen die Zahlen ja auf dem Tisch. Weit über 1000 Milliarden Mark an Investitionen müssen getätigt werden, und das geht nicht ohne kräftiges Anschieben durch die Regierung. Also, da ändert sich schon etwas in Bonn.

HICKEL: Diese Bundesregierung hat die Dimension des Problems Ostwirtschaft noch immer nicht begriffen. Sie ist nicht fähig, ein fundiertes, auf zehn Jahre angelegtes Finanzierungskonzept vorzulegen. Und ich fürchte, diese Regierung hat auch nicht die Kraft, der Bevölkerung die notwendige Lastenverteilung zu erklären.

SCHNEIDER: Es geht doch gar nicht darum, einen Zehn-Jahres-Plan aufzustellen. Jetzt geht es um konkrete Weichenstellungen. Das ist 1990 versäumt worden. Da hätte im Westen der Ausgabenzuwachs auf allen Ebenen begrenzt werden müssen. Im Osten muß schnellstens alles beseitigt werden, was den Investitionen im Wege steht. Dann gibt es auch neue Arbeitsplätze.



Schneider, Hickel beim SPIEGEL-Streitgespräch*: „Nicht von heute auf morgen“

Kaum vereinbar

sind die Positionen von **Hans Karl Schneider** und **Rudolf Hickel** zur Sanierung der Wirtschaft im Osten. Schneider, 71, leitete von 1985 bis Februar 1992 den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Er lehrte an der Universität Köln und war von 1986 bis 1989 Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen. Unter Schneiders Führung schrieben die „Fünf Weisen“ mehrere Gutachten zur deutschen Einheit, die für strikte Marktwirtschaft plädieren. Hickel, 50, ist Professor für Politische Ökonomie an der Universität Bremen und Mitautor der seit 1975 von der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ herausgegebenen Memoranden, die sich kritisch mit den Vorschlägen des Sachverständigenrates auseinandersetzen. In seinem Buch „Der Preis der Einheit“ kritisiert Hickel die „marktwirtschaftlichen Illusionen“ der Bundesregierung.

HICKEL: Verbesserte Rahmenbedingungen für Investitionen sind zweifellos wichtig, aber damit ist noch nichts gewonnen. Die westdeutschen Unternehmer wollen ja gar nicht in Ostdeutschland investieren. Sie gehen viel lieber woandershin. Also gibt es doch eine politische Gestaltungsaufgabe. Wir brauchen eine – zumindest sanfte – Investitionssteuerung.

SCHNEIDER: Das geht zu weit. Die Politik muß die bestehenden Engpässe und die rechtlichen Unsicherheiten abbauen, die überforderten Verwaltungen und die mangelhafte Infrastruktur verbessern und die Vorbedingungen für den Wohnungsbau schaffen. Danach laufen auch die Investitionen.

SPIEGEL: Wann ist danach? Investitionen und Arbeitsplätze werden jetzt gebraucht.

SCHNEIDER: Dafür tut die Wirtschaftspolitik ja auch einiges. Das Programm „Aufschwung Ost“ wird über 1992 hinaus verlängert. Man wird weiterhin darüber nachdenken müssen, wie man das zerstörte Beziehungsgeflecht zwischen den Unternehmen wieder aufbauen kann.

HICKEL: Völlig einverstanden. Aber das können wir nicht mit den westdeutschen

* Das Gespräch moderierte SPIEGEL-Redakteur Dieter Kampe.

Instrumenten der Wirtschaftssteuerung bewältigen. Das industrielle Geflecht wiederaufzubauen, das kann man nicht dem Markt überlassen.

SCHNEIDER: Das können Sie schon gar nicht dem Staat überlassen, weil er davon gar keine Ahnung hat.

HICKEL: Wenn Sie es dem Markt überlassen, ist die Folge ein industrieller Kahlschlag. Wir brauchen jetzt politische Maßnahmen, um überhaupt die Voraussetzungen für einen privatwirtschaftlichen Kapitalstock zu schaffen. Ich denke konkret an lokale Bindungsregeln, damit Aufträge vorrangig an ostdeutsche Unternehmen gehen.

SCHNEIDER: Es gibt doch schon Präferenzregelungen.

HICKEL: Die sind viel zu schwach. Wenn irgendwo eine Kanalisation erneuert wird, dann muß die ostdeutsche Firma Vorrang haben.

SCHNEIDER: Wenn das ohne Einschränkungen gilt, fordern Sie damit zum Kostenmachen auf.

HICKEL: Die ostdeutschen Firmen könnten besser überleben, wenn die Politik ihnen hilft, ihre zusammenbrechenden Ostexporte zu stabilisieren. Die Hermes-Bürgschaften dürfen nicht abgebaut, sondern müssen aufgestockt werden. Das wäre zugleich ein Hilfsprogramm für die dortigen Länder.

SCHNEIDER: Wenn die Märkte wegbrechen, soll der Staat also ersatzweise einspringen?

HICKEL: In dieser Phase: ja.

SCHNEIDER: Wer sagt Ihnen denn, daß diese Märkte nur für eine Phase ausfallen? Wer garantiert, daß sie jemals wieder die alte Rolle spielen? Die osteuropäischen Länder müssen in harten Devisen bezahlen, dafür verlangen sie Waren, die international konkurrenzfähig sind. Was macht es für einen Sinn, ostdeutschen Firmen zu helfen, Güter herzustellen, die vielleicht noch kurze Zeit von den Russen nachgefragt werden, die aber schon bald keiner mehr haben will? Die ostdeutschen Firmen müssen sich rasch auf den internationalen Markt orientieren.



Kanzler Kohl, Einheitsjubiläum: „Naive und gefährliche Illusionen“

HICKEL: Das ist das Todesurteil für viele Firmen.

SCHNEIDER: Für einige sicher. Aber Sie dürfen den notwendigen Umbau der Wirtschaft nicht durch staatliche Einmischungen behindern. Auch im Westen haben wir in vielen Regionen solche Umbauphasen gehabt. Dominierende Industrien brechen weg, Neues entsteht. Nehmen Sie das Ruhrgebiet. Private Initiative hat für den Erfolg gesorgt.

Jahrzehnten praktiziert. Für den Osten heißt das: Die Industrie darf nicht über Nacht zusammenbrechen. Die Textilindustrie in Sachsen könnte man über eine gewisse Zeit hinweg auslaufen lassen und ihr durch öffentliche Hilfen ermöglichen, daß parallel der Aufbau von etwas Neuem vorankommt.

SPIEGEL: Der Staat darf also helfen, wer soll das in der Praxis machen?

SCHNEIDER: Vor allem die Länder.



D-Mark-Ausgabe: „Optimismus reicht nicht“

* Oben: am 20. Februar 1990 in Erfurt; unten: am 1. Juli 1990 in Ost-Berlin.

SPIEGEL: Aber die neuen Bundesländer sind fast pleite. Die haben kein Geld, Unternehmen zu stützen.

SCHNEIDER: Es gibt ja auch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Da arbeiten Bund und Länder zusammen, um ostdeutsche Problemgebiete voranzubringen. Richtig ist, daß die Mittelaussstattung der ostdeutschen Länder verbessert werden muß.

SPIEGEL: Und was können die Länder dann tun?

SCHNEIDER: Sie können, begrenzt auf einen bestimmten Zeitraum, die nicht privatisierungsfähigen, unrentablen Firmen subventionieren und dadurch erhalten. Das ist aber noch keine durchgreifende Sanierung, denn die erfordert ein völlig neues Markt- und Unternehmenskonzept. Das kann nicht von staatlicher Seite geleistet werden.

HICKEL: Keiner will, daß der Staat Unternehmensentscheidungen trifft. Niemand will, daß der Bundeswirtschaftsminister Vorstand eines ostdeutschen Betriebes wird. Das gäbe ja eine Katastrophe. Aber die Unternehmen brauchen Zeit für die Sanierung und Geld für Modernisierungsinvestitionen. Der Staat muß den finanziellen Spielraum schaffen, damit die Firmen sich während der nächsten vier, fünf Jahre fit machen.

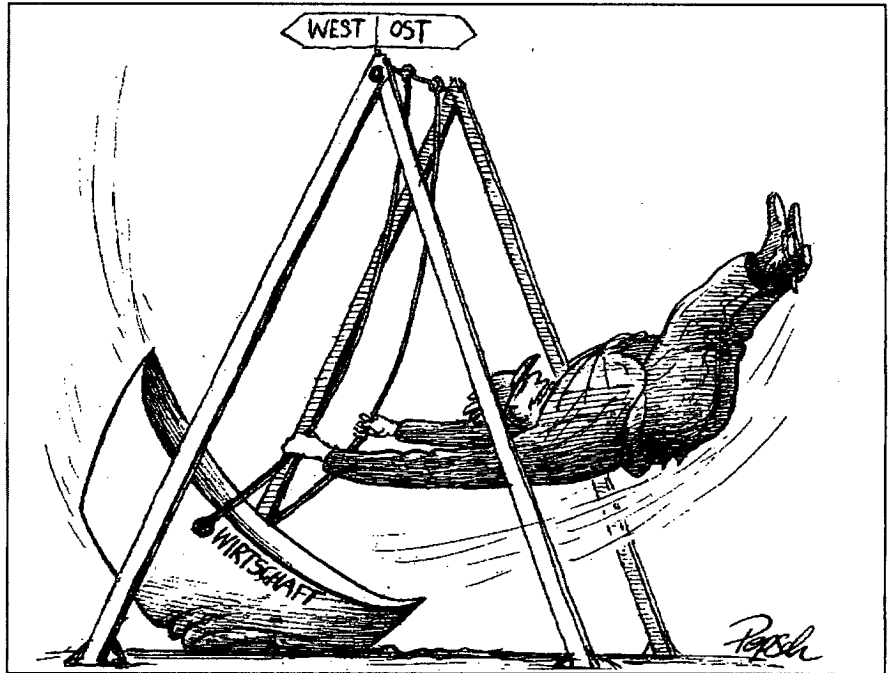
SCHNEIDER: Wie weit soll denn die Führungsaufgabe des Staates gehen? Wenn er den Kurs vorgibt, sehe ich die Gefahr gewaltiger Fehlinvestitionen.

HICKEL: Sie diskutieren den zweiten Schritt vor dem ersten. Zunächst mal muß doch verhindert werden, daß hier flächendeckend industrielle Brachlandschaft entsteht. Gesamtwirtschaftlich ist es billiger, Firmenschließungen zu verhindern, als Firmen zu liquidieren, Arbeitslosigkeit zu bezahlen und anschließend einen industriellen Neuanfang zu finanzieren. Das steht auch schon in einem McKinsey-Gutachten vom Frühjahr 1991. Aber auf dem Ohr ist die Bundesregierung offenbar taub.

SPIEGEL: Kann man Ihre beiden Positionen zusammenführen? Etwa: staatliche Bestandsgarantie für drei Jahre mit der klaren Auflage, diese Zeit zu nutzen, das Unternehmen auf westliche Märkte auszurichten?

SCHNEIDER: Von Bestandsgarantien halte ich überhaupt nichts. Das ist immer eine Aufforderung zum Kostenmachen, Schludern und Schlafen.

HICKEL: Ohne Garantien geht es aber nicht. Selbst wenn ein agiles Management für ein ostdeutsches Unternehmen ein cleveres Investitionsprogramm formuliert, dauert die Umsetzung Jahre. Und solange das läuft, kann sich das Unternehmen noch nicht aus eigener Kraft auf westlichen Märkten behaupten. Da braucht es Begleitschutz.



Zu erwartender Aufschwung

Kölnischer Stadt-Anzeiger

SCHNEIDER: Ich sehe die riesigen Gefahren, die damit verbunden sind. Sie wollen einen Teil der unternehmerischen Verantwortung auf den Staat verlagern. Unsere Erfahrung: Das geht daneben.

HICKEL: Nein, ich will natürlich die Verantwortung beim Management belassen. Die müssen für Produktdiversifizierung, konkurrenzfähige Waren und technologisch moderne Fertigungsverfahren sorgen. Aber die Macher müssen doch Zeit haben, das anzupacken.

SCHNEIDER: Die Kardinalfrage bleibt: Wie weit soll der Staat gehen? Ich kann mir in diesen schwierigen Ausnahmezeiten des Umbruchs durchaus vorstellen, daß die Treuhand weiterhin Bürgschaften übernimmt oder Mitgesellschafter-Darlehen zur Verfügung stellt. Das wäre ein Rezept für Firmen, die sanierungsfähig sind, die aber nicht ausreichend Bankkredite bekommen für ihr Umbauprogramm. Das ist auch deshalb eine wichtige Maßnahme, weil die Kreditvergabe-Praxis der Banken im Osten noch nicht richtig funktioniert. Wenn Firmen von Banken keine Kredite bekommen, spricht das noch nicht gegen den Betrieb. Man weiß nämlich nicht, ob die Bank in der Lage war, das vorgelegte Unternehmenskonzept überhaupt zu beurteilen. In einer solchen Situation muß man flexibel reagieren.

HICKEL: Jetzt sind Sie erstmals ein ganz klein wenig flexibel und bieten staatlich garantierte Bürgschaften an. Angesichts der katastrophalen Ausgangslage ist das sehr, sehr wenig. Ich glaube, im Grunde hängen Sie immer

noch an Schumpeters* Bild von der schöpferischen Zerstörung. Nur: Den Prozeß der Zerstörung kennen wir, für die Schöpfung haben Sie dann kein passendes Rezept.

SCHNEIDER: Das hat der Staat noch viel weniger.

SPIEGEL: Herr Schneider, Sie haben eben vorgeschlagen, private und staatliche Gelder gemeinsam an Unternehmen zu geben. Wäre das die goldene Brücke für private Investoren?

SCHNEIDER: Selbstverständlich wären private Investoren mutiger, wenn ein Teil des Risikos von anderen übernommen wird. Da kann man noch über vieles nachdenken. Auch jetzt gehen die steuerlichen Anreize und Förderprogramme ja schon so weit, daß ein Unternehmen die Hälfte der Investitionsausgaben nicht selbst tragen muß.

SPIEGEL: Das hat trotzdem nicht zu einem Ansturm der Investoren geführt.

HICKEL: Weil die Hilfen eben so nicht ausreichen.

SCHNEIDER: Darüber kann man reden. Es ist ja erstaunlich und noch immer eine offene Frage, warum so wenige Ausländer kommen, insbesondere aus Übersee.

HICKEL: Mein Vorschlag: Die westdeutsche Industrie muß ran. Ich plädiere für eine Investitionsabgabe. Die westdeutsche Industrie soll verpflichtet werden, den Aufbau von Arbeitsplätzen im Osten mitzufinanzieren – falls sie nicht selbst im Osten investiert.

SCHNEIDER: Ich bin dagegen. Die Unternehmer werden total verunsichert,

* Joseph Alois Schumpeter, 1883 bis 1950, österreichischer Ökonom und Soziologe.



SPIEGEL-STREITGESPRÄCH

wenn sie mit immer neuen Interventionen konfrontiert werden.

HICKEL: Es gibt ein Vorbild für meine Idee. Die Adenauer-Regierung hat 1951 ein Investitionshilfe-Abgabegesetz beschlossen. Damit wurde die boomende Konsumgüter-Industrie gezwungen, eine Milliarde Mark für die darniederliegende Grundstoff-Industrie aufzubringen.

SCHNEIDER: Erhard hat damals einen großen Fehler begangen. Man hätte rechtzeitig die Preise für Kohle und Grundprodukte freigeben sollen. Dann hätten Bergbau und Stahlindustrie mit ihren Investitionen keine Schwierigkeiten gehabt.

HICKEL: Tatsache bleibt, daß das Interesse der westdeutschen Industrie am Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft nicht besonders groß ist. Die Deutsche Bundesbank hat nachgerechnet, daß westdeutsche Firmen 1991 rund 100 Milliarden Mark im Ausland investiert haben, aber nur 25 Milliarden in Ostdeutschland. Da muß sich die Politik doch überlegen, wie sie etwas steuernd in diesen Prozeß eingreifen kann.

SCHNEIDER: Der Ministerpräsident Biedenkopf hat gesagt: An Investoren ist kein Mangel. Aber sie kommen nicht zum Zuge, weil überall Hemmnisse im Wege stehen.

HICKEL: Biedenkopfs Erfahrungen mit dem sogenannten Sachsen-Fonds sehen anders aus. Dort sollen Staat, Banken und Unternehmen in einer Beteiligungsgesellschaft zusammenarbeiten. Aber die westdeutschen Unternehmen, Biedenkopf hat das wiederholt kritisiert, gehen einfach nicht in solche Beteiligungsgesellschaften hinein.

SPIEGEL: Die Treuhandanstalt versucht seit Monaten, private Investoren in Beteiligungsgesellschaften zu locken. Die Erfolge sind mager.

SCHNEIDER: Jetzt beginnt ja auch der schwierigere Teil der Treuhand-Arbeit. Am Anfang stand die Privatisierung der Filetstücke. Da ist Beachtliches geleistet worden. Nun müssen die Unternehmen herausgefiltert werden, die sanierungsfähig sind. Die Frage bleibt, ob eine solche Anstalt mit einer umfassenden Sanierung nicht auf längere Zeit überfordert ist.

HICKEL: Die Treuhand ist nicht überfordert, sie ist falsch konstruiert. Bislang ist die Treuhand Privatisierungsbüro, Schattenhaushalt des Finanzministers und Industrieholding. Sie muß aber jetzt zu einer Industrieholding werden, die entscheidet, was saniert wird.

SPIEGEL: Kann man diese Treuhand, die eineinhalb Jahre lang auf Privatisieren getrimmt wurde, jetzt einfach zu einer Sanierungsagentur umbauen?

HICKEL: Kaum. Ich habe oft den Eindruck, in der Leipziger Straße sitzt eine

Spitzenklasse fürs Gartenhobby:

EUROSTAR

Motorrasenmäher 46, 46S, 46SE

VENTZKI
MTD

Motorgeräte

Der Komfortmäher

Sie suchen einen Mäher, der sofort anspringt, hohen und dichten Rasen problemlos mäht, das Gras gleichzeitig aufammelt, einen Mäher der leise ist und nicht rostet?

Fragen Sie beim Fachhandel nach

EUROSTAR

3 Modelle von 2,6 kW (3,5 PS),
2,98 kW (4 PS), 3,7 kW (5 PS)
stehen zur Wahl.

Auch mit Elektrostart



Modell 46 S
mit Radantrieb, Heckauswurf
und Grasfangeinrichtung.

Fordern Sie unser
ausführliches Prospektmaterial
über **EUROSTAR** Motorrasenmäher
mit Händlernachweis an:

VENTZKI-MTD EISLINGEN GMBH
Industriestraße 9-30 E · Postfach 13 55
D-7332 Eislingen/Fils
Tel. 071 61/85 05 20 · Telefax 85 05 70

Runde in den Ruhestand gegangener West-Manager, die ihre alten Schlachten aus Westdeutschland im Osten noch mal schlagen wollen.

SCHNEIDER: Ich halte es für gefährlich, wenn Sanierungsaufgaben in großem Umfang von der Treuhand wahrgenommen werden. Die Schaffung neuer, rentabler Produktionsstrukturen kann sie nur in begrenztem Umfang leisten.

HICKEL: Wir kritisieren denselben Apparat von verschiedenen Positionen aus. Ich finde diese Treuhand katastrophal. Aber ich will durchaus, daß dort eine Instanz entsteht, die es den Ostfirmen ermöglicht, sich zu sanieren. Irgendeiner muß diesen industriellen Kernbereich im Osten doch neu ordnen. Deshalb will ich eine Industrieholding, die aber zeitlich befristet ist. Es geht um eine Übergangslösung.

SCHNEIDER: Was sind denn Ihre Kriterien der Sanierung?

HICKEL: Jedes Unternehmen, das Sanierungshilfen abrufen will, muß eine mittelfristige Perspektive, eine Investitionsplanung, vorlegen. Es muß eine Absatzplanung und eine Produktspezifikation geben.

SCHNEIDER: Wozu brauchen Sie dann eine Holding? Ein Unternehmen, das all dies vorlegen und damit seine Sanierungsfähigkeit schlüssig belegen kann, wird schnell privatisiert werden können. Da finden sich rasch Käufer.

HICKEL: Die Wirklichkeit sieht anders aus. Solche Firmen verhungern und werden stillgelegt.

SCHNEIDER: Sie sagen, daß diese Industrieholding letztlich nicht nur wirtschaftliche Kriterien anlegen wird.

HICKEL: Natürlich auch regionale und strukturpolitische Kriterien.

SCHNEIDER: Dann kommt es zu politischen Entscheidungen.

HICKEL: Wenn die politische Entscheidung heißt: Wir geben dem Unternehmen X eine Chance zum Umbau, dann ist das doch nicht automatisch unwirtschaftlich. Drei Jahre später kann das ein hochrentables Werk sein.

SCHNEIDER: Oder ein dauerhafter Subventionsempfänger.

HICKEL: Nein, von Anfang an ist klar: Die Hilfen sind zeitlich befristet. Wer die Chance nicht nutzt, geht unter.

SCHNEIDER: Von zeitlich befristeten Hilfen hat man 1958 auch bei der Kohle gesprochen.

HICKEL: Und aus Angst vor solchen geschichtlichen Fehlern wollen Sie heute Tausende von Ostbetrieben sterben lassen?

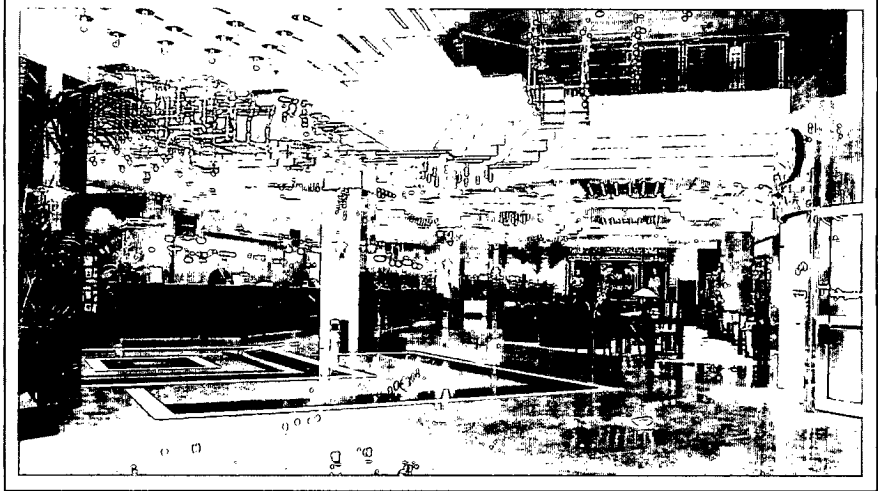
SCHNEIDER: Nein, so einfach nicht.

HICKEL: Was bieten Sie an?

SCHNEIDER: Die Privatisierung läuft ja weiter. Im Moment werden rund 400 Betriebe pro Monat verkauft. Sicher,



ARABELLA GRAND HOTEL FRANKFURT



IN JEDER KLASSE ERSTKLASSIG.

Arabella Hotels sind so individuell wie die Ansprüche ihrer Gäste. Mit drei, vier oder fünf Sternen – wir machen Ihren Aufenthalt zum vollendeten Genuß.

ARABELLA GRAND HOTEL FRANKFURT



– das Grand Hotel unserer Zeit! Schon die erste Begegnung wird Sie verzaubern. Auf Schritt und Tritt begleiten Sie dezente Eleganz, erlesenes Interieur, lichtdurchflutete Räume im Art-Deco-Stil und die unvergleichlich angenehme Atmosphäre eines modernen Luxushotels mit internationalen Gästen. Unser kulinarisches Angebot erfüllt höchste Ansprüche an die gehobene feine Küche und ist in seiner Vielfalt kaum zu übertreffen. In der römischen Badelandschaft "Balneum Romanum" können Sie auf angenehmste Art relaxen und sich vom Alltag erholen. Und wenn Sie bei uns konferieren, dann auf höchstem Niveau und mit professionellem Equipment.



ARABELLA HOTELS

11 Hotels in Deutschland:

Düsseldorf · Frankfurt/M. · München · Oberbayern
Ab Sommer '92: Arabella Golf Hotel Son Vida, Palma de Mallorca

Reservierungszentrale: Telefon 0 89/92 32-44 44

Telex: 5 24 316 · Telefax: 0 89/92 32-25 49 · BTX * Arabella #
Arabellastraße 5 · D-8000 München 81

das wird nachlassen. Und in einer begrenzten Zahl von Fällen wird die Treuhand eine Sanierung vornehmen müssen. Man kann nicht einfach alles über die Wupper gehen lassen. Aber man muß jeden Fall einzeln prüfen. Hoffnung macht mir, daß die Bereitschaft der Banken, unverbürgte Kredite zu geben, wächst.

HICKEL: Kurz vor dem Punkt, wo wir konkrete Maßnahmen andenken, wie ostdeutschen Firmen das Überleben ermöglicht werden kann, fallen Sie zurück in Hoffnungen und vagen Optimismus. Da waren wir ganz am Anfang schon mal. Optimismus reicht nicht. Für eine Übergangszeit brauchen wir faßbare Hilfen. Ich fürchte, wir haben da fundamental andere Positionen. Ich sage: Jedes Unternehmen, das zusammenbricht, schafft größere Probleme, als wenn versucht würde, es zu sanieren.

SCHNEIDER: Wenn wir über Firmenzusammenbrüche reden, müssen wir auch über Ursachen sprechen. Ein Auslöser ist die Lohnhöhe.

SPIEGEL: Lohnhöhe und Produktivität der Arbeit passen im Osten nicht zusammen, das ist bekannt. Aber Politiker, Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich aus politischen Gründen für eine rasche Angleichung der Löhne in Ost und West ausgesprochen. Kommt man von diesen Beschlüssen wieder runter?

SCHNEIDER: Angesichts der Größe des Problems muß das Lohnthema wieder auf den Tisch. Die Tarifparteien müssen noch mal überlegen, ob es nicht doch sinnvoll ist, die Zeit der Angleichung zu strecken. Mittlerweile sind die



Investition im Osten: „Wir brauchen eine sanftere Steuerung“

Lohnstückkosten so stark gestiegen, daß es immer mehr unrentable Arbeitsplätze im Osten gibt. Die Unternehmen werden von den Lohnkosten erdrückt.

HICKEL: Die Lohnpolitik steckt in einem schwierigen Dilemma. Man kann die neuen Bundesländer nicht zum Niedriglohngebiet machen, wenn westdeutsche Preise gelten. Andererseits ist ein Großteil der Betriebe nicht in der Lage, die Löhne zu bezahlen, weil die Erlös- und die Umsatzseite das nicht hergeben. Vielleicht muß man doch noch mal über Lohnsubventionen nach-

denken. Denn ein dauerhaftes Lohngefälle ist kaum durchzuhalten.

SPIEGEL: Geplant war einmal eine Anschubfinanzierung für die Ostwirtschaft. Jetzt werden dreistellige Milliarden-Transfers zur Dauereinrichtung. Wie lange verkraftet der reiche Westen das?

SCHNEIDER: Der reiche Westen wird ganz schnell nicht mehr reich sein, wenn er in der Finanzpolitik weitermacht wie bisher. Die Prioritäten müssen neu gesetzt werden. Die Staatsverschuldung darf nicht größer werden, die direkten und indirekten Steuern dürfen nicht weiter erhöht werden. Deshalb müssen auf der Ausgabenseite radikale Schnitte erfolgen, vor allem bei den Subventionen.

HICKEL: Bleibt man beim Ziel Angleichung der Lebensverhältnisse, dann brauchen wir – für den industriellen Aufbau und für Sozialleistungen – in den nächsten zehn Jahren ungefähr 150 Milliarden Mark pro Jahr. Dieser Betrag kann über die öffentlichen Haushalte in Westdeutschland aufgebracht werden.

SPIEGEL: Wer wird denn in Zukunft den Gürtel enger schnallen müssen?

HICKEL: Bisher ist der Einigungsprozeß einseitig zu Lasten der Arbeit-



Investitionshemmnis Eigentumsfragen*: „Die Politik muß Engpässe abbauen“

* Grundbuchamt Zossen.

nehmer finanziert worden. Man muß jetzt mehr auf den sozialen Ausgleich achten. Richtig ist, auf die weitere Senkung der Unternehmenssteuer zu verzichten. Im Verteidigungshaushalt könnte man leicht zehn Milliarden streichen. Und es muß mehr Steuergerechtigkeit geben. Da geht es um die Zinsbesteuerung und darum, daß der Unsinn mit den Einheitswerten bei der Grundbesteuerung aufgehoben wird.

SCHNEIDER: Mit letzterem voll einverstanden.

SPIEGEL: Verstehen wir Sie beide richtig: Die immensen Summen aufzubringen ist für die reiche Bundesrepublik gar kein Problem? Es kommt nur auf die Art der Lastenverteilung und die wirtschaftlichen Folgewirkungen an?

SCHNEIDER: Wenn die Prioritäten richtig gesetzt werden, wenn gespart wird, dann müssen uns diese zusätzlichen Ausgaben nicht in den Ruin treiben.

HICKEL: Aber es wird eine politische Machtfrage, wen die Sparpolitik trifft.

SPIEGEL: Herr Schneider, Herr Hickel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Immobilien

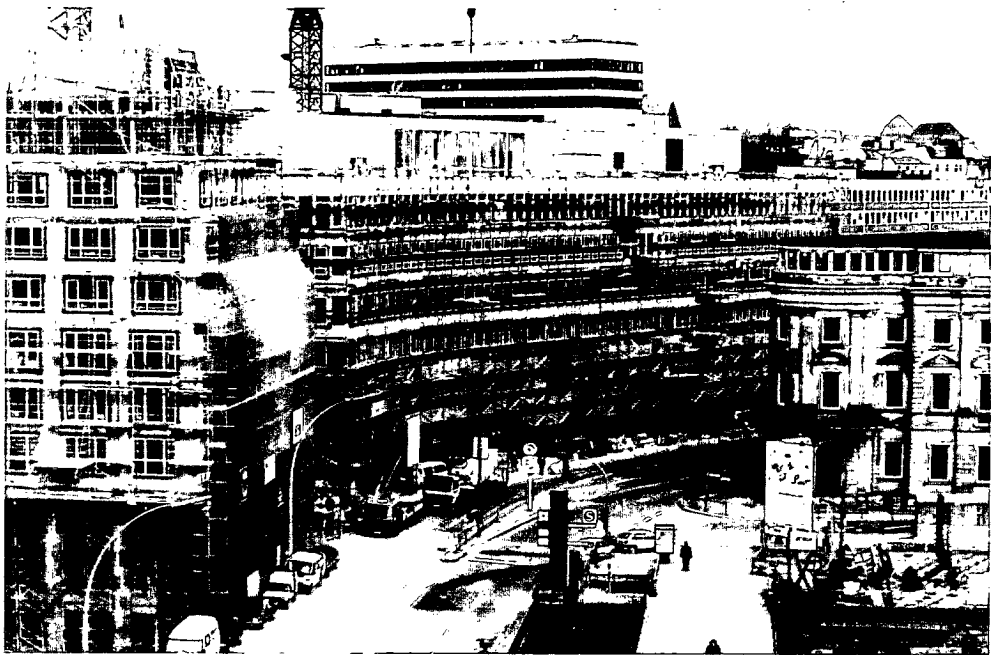
Für ein paar Mark mehr

Japanische Interessenten kaufen zunehmend deutsche Immobilien. Sie zahlen beste Preise.

In Pulk streiften die reichen Investoren aus Fernost durch die Zentren deutscher Großstädte. Sie sahen sich Bürohäuser und Einkaufspassagen an, fragten nach Kaufpreisen und Mieten, nickten freundlich und flogen nach Hause.

Sie wollten zunächst noch nichts kaufen. Die Japaner, die sich in den achtziger Jahren so sehr für deutsche Immobilien interessierten, gingen ganz japanisch vor – sie sahen sich erst den Markt genau an und bestellten reihenweise Gutachten bei Maklern und Beratern.

„Die sitzen seit zehn Jahren in den Startlöchern“, sagt Bodo Rückert, Geschäftsführer der internationalen Immobilienberatung Zadelhoff in Frankfurt. Aber nun hat der Run auf deutsche Immobilien begonnen. „Die Japaner kommen“, hat Hartmut Bulwien gemerkt, der Chef des Münchner Instituts für Markt-, Regional- und Wirtschaftsforschung. Die



Japanische Investition in Hamburg: „Seit zehn Jahren in den Startlöchern“

Vorhut ist schon da. Als erster der Großen erwarb Ende 1989 der Baukonzern Shimizu ein Grundstück in Offenbach, um darauf 25 000 Quadratmeter Bürofläche zu schaffen. Dann kamen andere: der Tokioter Finanzkonzern Nomura und Kowa, die Immobilien-Tochter der Industrial Bank of Japan, Baukonzerne wie Kajima, Ohbayashi und Kumagai Gumi.

„Die Japaner werden hier intensiver einsteigen“, meint auch Peter Rösler, der Frankfurter Niederlassungsleiter der Maklergesellschaft Müller International. Japanische Immobiliengesellschaften haben sich in den vergangenen beiden Jahren schon einiges zusammengekauft, vor allem in Frankfurt.

Dort gehört ihnen seit Beginn der neunziger Jahre unter anderem der Messturm (Kaufpreis: rund eine Milliarde Mark), der Bürokomplex Fürstenhof im Bankenviertel (450 Millionen Mark) und zusammen mit einer schwedischen Immobiliengruppe das Telenorma-Haus in der Mainzer Landstraße. Das Gebäude wird bald abgerissen und durch einen Neubau – 94 000 Quadratmeter Büro- und Ladenfläche – ersetzt.

In München erwarben die Japaner das Marriott-Hotel, in Hamburg bauen sie gemeinsam mit der Deutschen Bank ein deutsch-japanisches Zentrum an der Stadthausbrücke

für 160 Millionen Mark. „Der Markt ist eröffnet worden“, sagt Helmut Ochsenbauer, General Manager von Shimizu in Frankfurt.

In den nächsten Monaten beginnt Shimizu, gemeinsam mit dem Heidelberger Bauträger Roland Ernst, die Arbeit an dem 17geschossigen Bürohaus Kaiserlei in Offenbach (150 Millionen Mark). Für über 500 Millionen Mark wird Kowa demnächst am Taunustor in der Frankfurter City Büroraum schaffen. Japanische Firmen verhandeln über den Kauf des BfG-Hochhauses – 1,1 Milliarden Mark fordert



Hotelkäufer Aoki (r.): Geld spielt keine Rolle

* Mit Ehefrau und dem Vier-Jahreszeiten-Direktor Gert Prantner.